

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für

Schierstein u. Umgegend.

(Schiersteiner Anzeiger)

(Schiersteiner Nachrichten)

(Schiersteiner Tagblatt)

.. (Schiersteiner Neueste Nachrichten)

(Niederwallauer Zeitung) ..

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Fernruf Nr. 584.

Nr. 96.

Dienstag, den 17. August 1920.

28. Jahrgang

Deutsch-polnische Grenzlinien.

Der Oberste Rat hat dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Note über das westpreussische Abstimmungsgebiet geschickt:

Art. 97 des Vertrages von Versailles hat bestimmt, daß nach Beendigung der Volksabstimmung in den Kreisen Schöen und Rosenberg sowie in dem Teile des Kreises Marienburg östlich derogat und auch in dem östlich der Weichsel gelegenen Kreise von Marienwerder die alliierten und assoziierten Mächte die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen festsetzen werden, wobei zum mindesten für die gesamte Strecke, auf der die Weichsel die Grenze bildet, die volle, uneingeschränkte Ueberschneidung des Stroms einschließlich seines östlichen Ufers in einer Tiefe, die für die Regenerungs- und Verbesserungsbauarbeiten erforderlich ist, Polen zugesprochen werden muß. Auf Grund hiervon sollte die Grenzlinie wie folgt fest: Von einem gemeinsamen Punkte an der Grenze Polens, Deutschlands und der Freien Stadt Danzig (dieser Punkt ist im Gelände von der im Artikel 101 des Vertrages von Versailles festgesetzten Kommission zu bestimmen) bis zu dem Punkte auf dem Ostufer der Weichsel, wo die Verwaltungsgrenze zwischen den Gemeinden Kleinsee und Schulzsee die Weichsel berührt, eine im Gelände festzusetzende Linie zwischen dem Fluß und dem Deich unter Beachtung nachfolgender Bemerkungen:

Bemerkung: Die Trasse der Zuteilung des Gebietes von Weidenberg und der Schleife zwischen Weichsel und Kora, die das Wasser der Weichsel kontrolliert, wird an Ort und Stelle durch eine Grenzkommission unter Hinzuziehung von technischen Sachverständigen entschieden werden. Die Kommission wird hierbei jedoch auf die Tatsache Rücksicht nehmen, daß das Dorf Weidenberg sich unzweifelhaft für Ostpreußen erklärt hat.

Von dort bis zu dem Punkte, wo die Verwaltungsgrenze zwischen den Gemeinden Johannisdorf und Groß-Weise an die Weichsel stößt: eine im Gelände festzusetzende Linie, welche die Ortsteile Kleinsee, Kramersdorf, Aufendels und Johannisdorf den Polen zuweist, soweit wie möglich den östlichen Gemeindegrenzen dieser Ortsteile entspricht und den durch die lokalen Verhältnisse bedingten wirtschaftlichen Erwägungen Rechnung trägt, sowie vor allem den weiter unten angegebenen Bemerkungen.

Von dort bis zu einem Punkte, wo die Südgrenze der Kreise Marienwerder an das Ufer der Weichsel stößt: eine im Gelände festzusetzende Linie zwischen dem Fluß und dem Deich, die das Wasser der Weichsel kontrolliert, wobei die Anlagen, die die Entwässerung des Gebietes von Marienwerder-Münsterwald, die Prädentöpfe mit dem an dem inneren Deich, den Eisenbahnbaum und das Gebiet bis zum Fluß weiter entfernt liegenden Deiches zurückschicken, Deutschland das Dorf Kurebrad zuerkennt.

Von dort bis in Art. 28 des Friedensvertrages von Versailles festgesetzte Grenze bis zu dem Punkte, wo die Südgrenze des Regierungsbezirks Allenstein die alte Grenze zwischen West- und Ostpreußen trifft.

Bemerkung: Bei der Festsetzung der Grenze an Ort und Stelle wird die Kommission der Aufgabe eines jeden Deiches Rechnung tragen und ihrer Entscheidung das Prinzip zu Grunde legen, daß jeder Deich, der zum Schutz gegen Ueberschneidung für eine Gemeinde notwendig ist, zu der Gemeinde gehört. In den Fällen, wo zwei Deiche vorhanden sind, von denen einer für den Schutz gegen Ueberschneidung nicht notwendig ist, sondern vielmehr der Ueberschneidung der Schiffahrt auf dem Fluß dienlich ist, soll dieser Polen zuerkannt werden. Auf jeden Fall wird die genaue Grenzlinie derjenigen Mächte, der ein Deich zugesprochen wird, auch die in seinem Unterhalt notwendigen Erschließungen sicherstellen.

Gemäß Art. 87 des Vertrages von Versailles wird die oben beschriebene Grenzlinie an Ort und Stelle von der in dem genannten Artikel vorgeschriebenen Kommission festgesetzt werden. Diese Kommission wird erforderlichenfalls an dieser Grenzlinie nach Anhörung der Sachverständigen Ingenieure an Ort und Stelle diejenigen Änderungen vornehmen, die etwa für Polen zur Ausübung seiner Rechte, die ihm in Art. 97 des Friedensvertrages zugesprochen worden sind, als unbedingt notwendig anerkannt werden müssen.

Die Festsetzung der Grenze, die hiermit erfolgt und die beteiligten Parteien verbindlich ist, schließt die

Anerkennung der Souveränität Polens auf den oben bezeichneten Gebieten, die hiermit aufhören, zu Deutschland zu gehören, in sich.

Die alliierten und assoziierten Hauptmächte behalten sich vor, durch eine spätere Anordnung die in dem Vertrage vorgesehene Regulierung festzusetzen.

Deutscher Protest.

Die deutsche Regierung hat ihre Vertreter in Paris, London und Rom angewiesen, nachstehende Protestnote dem Obersten Rat und den dortigen Regierungen zu übergeben. Der deutsche Bevollmächtigte in Marienwerder wird diesen Protest gleichzeitig zur Kenntnis der Internationalen Kommission von Westpreußen bringen:

Der Oberste Rat in Paris hat durch seine Entscheidung über das westpreussische Abstimmungsgebiet Ost- und Westpreußen von der Weichsel völlig abgeschnitten. Die Grenze wird zwischen dem Deich und der Weichsel gezogen. Das gesamte Ufer fällt an Polen, und der beste Hafen des Marienwerder Gebietes, der Hafen von Kurebrad, wird mit allen seinen Anlagen Polen zugeschlagen, ebenso die Eisenbahnbrücke der Bahn Marienwerder-Münsterwald mit ihrem Prädentopf und dem inneren Deich sowie das dazugehörige Gebiet bis zum Fuße des vom Fluße weiter entfernt liegenden zweiten Deiches. Ferner werden die in der Nordwestecke des Kreises Marienwerder gelegenen fünf Ortsteile Johannisdorf, Neu-Liebenau, Aufendels, Kramersdorf und Kleinsee an Polen gegeben und damit ein Prädentopf auf dem rechten Weichselufer geschaffen. Die deutsche Regierung hat bereits in mehreren Noten an den Obersten Rat unter eingehender Darstellung der Verhältnisse gegen eine etwaige Lösung dieser Art Stellung genommen. Durch die Abstimmung vom 11. Juli 1920 ist der Wille der Bevölkerung einwandfreiutage geäußert, daß sich das gesamte Westpreußen Deutschland anschließen will. Hierdurch würde auch die wirtschaftliche und geographische Lage der Ortsteile in dieser Gegend, der gemäß Art. 97 Absatz 6 des Friedensvertrages Rechnung getragen werden soll, völlig berücksichtigt. Der Friedensvertrag sieht für Polen lediglich ein Stromaufsichtsrecht vor, das in seiner Weise eine Veranlassung zu territorialen Gebietsansprüchen geben kann. Das Recht der Ueberschneidung und Aufsicht über den Strom hat mit der Souveränität über die östliche Stromhälfte und das Ufer nicht das Mindeste zu tun. Es wäre ein Widerspruch, die Bevölkerung eines Landstriches zur Abstimmung über ihr künftiges Schicksal aufzufordern, wenn von vornherein feststehen soll, daß ihr Schicksal ohne Rücksicht auf die Abstimmung negativ entschieden werden muß. Das Polen im Friedensvertrag anerkannte Kontrollrecht über die Weichsel soll lediglich seine Schiffsabfertigungsinteressen sichern, ein Recht, das demselben niemals irgendwelche beschränkt worden ist. Deutschland hat ein ebenso dringliches Interesse an der Erhaltung guter Schiffsabfertigungsverhältnisse auf der Weichsel wie Polen und würde den zur Unterhaltung und Verbesserung erforderlichen Arbeiten und den Anlagen auf der östlichen Stromseite eine ungleich größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuwenden können als Polen, weil diesem auf der Ostseite des Hinterlandes nicht gebührt. Die von der Entente Polen zuerkannte Staatshoheit über die rechte Stromseite und den östlichen Uferstrom muß auch zu dauernden Streitigkeiten führen, da Polen jeglichen Zutritt zum Strom und jegliche Benutzung des Stromes als Inhaber der Staatshoheit verweigern kann und hiergegen nach den bei dem Verleib durch den polnischen Korridor gemachten praktischen Erfahrungen auch durch vertragliche Abmachungen ausreichende Garantien nicht gegeben werden können. Der ungehinderte Besitz der Häfen und Anlagen auf dem rechten Weichselufer, insbesondere des Hafens von Kurebrad, ist für ganz Ostpreußen eine Lebensfrage, während er für die polnische Schifffahrt nur geringe Bedeutung haben kann. Durch die vom Obersten Rat gefällte Entscheidung wird der Schutz gegen Hochwasser illusorisch gemacht, indem der Deichgenossenschaft der Marienwerder Niederung die Möglichkeit genommen wird, den Deich ordnungsgemäß zu unterhalten. Die wirtschaftliche Ausbeutung von fünf Gemeinden und ihres Gebietes aus dem ein organisches Ganzes bildenden Deichverband bietet für die Sicherheit des Gebietes unübersehbare Gefahren. Die den Polen zugewiesenen fünf Ortsteile, die sämtlich nur über ganz geringe Einwohnerzahlen verfügen, haben bei der Abstimmung überhaupt nur zwei polnische Majoritäten ergeben, nämlich Neu-Liebenau 22 Polen und 16 Deutsche, Aufendels 99 Polen und 27 Deutsche. Zwei Ortsteile haben deutsche Mehrheiten.

und nur der Miste Ort, Kramersdorf, hat mit Stimmenmehrheit abgestimmt, nämlich acht zu acht. Aber selbst die Dörfer, die polnisch gestimmt haben, wollen jetzt, nachdem die übrige Gegend sich gegen Polen erklärt hat, bei Deutschland verbleiben und nicht von ihrer wirtschaftlichen Basis abgedrängt werden. Es ist auch kaum glaublich, daß wegen zweier ganz kleiner Dörfer mit einigen 20 Einwohnern, die in einer rein deutschen Gegend liegen, ein ganzer Landstrich von seinem bisherigen natürlichen Hinterland völlig abgeschnitten und einem fremden Staate, von dem sie durch einen breiten Fluß getrennt sind, zugeteilt werden soll. Die deutsche Regierung erhebt hiermit feierlich Einspruch gegen die Entscheidung des Obersten Rates. Sie muß es ablehnen, irgendwelche Verantwortung für die sich etwa aus diesem Spruch ergebenden Folgerungen zu übernehmen. Sie kann diese Entscheidung nicht anerkennen, da sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar ist. Sie widerspricht ebenso sehr dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie den wirtschaftlichen und geographischen Notwendigkeiten des Landes.

Zur Tagesgeschichte.

Der neue Postetat.

Durch den neuen Postetat werden u. a. folgende neue Stellen angefordert 33 325 Betriebsassistenten durch Umwandlung von 12 225 Stellen für Gehilfen und 21 100 Stellen für Unterbeamte in gehobenen Dienststellen. 40 791 Sekretärstellen unter Eingliederung von Assistenzstellen in gleicher Zahl. 2520 Obersekretärstellen durch Umwandlung von Sekretärstellen in gleicher Zahl. 2 Oberpostdirektoren für das Postministerium und 6 für das zu schaffende telegraphentechnische Reichsamt und von 2 für Telegraphentechnische Reichsämter; ferner 1 Stelle für den Ministerialdirektor unter Umwandlung einer Stelle für Ministerialsekretär. 4 Ministerialräte. 2 Abteilungsdirektoren für das erwähnte neue Reichsamt unter Wegfall von 2 Stellen für Obersekretäre. 1 Präsident für das Reichsamt unter Wegfall einer Stelle der Ministerialräte. 1 Ministerialdirektor (neu). Damit gelangen alle Beamtinnen, die bis zum 1. April 1918 angestellt waren, und alle Unterbeamten, die bis 31. März 1920 in gehobenen Stellen angestellt waren, in die Beoldungsgruppe 4. Die planmäßigen Assistenten, soweit sie Postanwärter waren, gelangen sämtlich in Gruppe 6. Ferner sollen außer den erwähnten 2520 Sekretären im Laufe der folgenden 2 Jahre noch 1880 geprüfte Sekretäre in Obersekretärstellen überführt werden. Hierdurch werden zahlreiche Beförderungen erübrigt und große Kosten für Umzüge usw., die im Einzelfall durchschnittlich 5000 Mark betragen, erspart.

Die politische Neugestaltung hat bei der Postverwaltung eine vollständige Umwandlung vieler Verhältnisse nach sich gezogen. Die Neuordnung der Verhältnisse von mehr als 300 000 Beamten hat eine ganz außerordentliche Geschäftszunahme gebracht und diese nötigt zur Neuordnung der Organisation des Postministeriums, weshalb die Schaffung der erwähnten neuen Stellen für das Ministerium erfolgt.

Um das Weichselufer.

Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat sich die Regierung gegen die in der Entente als endgültig bezeichnete Zuteilung des östlichen Weichselufers an Polen in einer Protestnote verwahrt, in der die verhängnisvollen wirtschaftlichen Wirkungen auf die in der Abföhrung anheimfallenden Ortsteile ausführlich dargelegt werden.

Angehaltene Truppentransporte.

Die Arbeiter der Rasthofer Hauptwerkstätte hielt einen Transport französischer Truppen an und sollte durch, wie die „Oberschlesische Zeitung“ berichtet, daß der Zug auf ein totes Gleis gesetzt wurde, wo er unter der Bewachung der Arbeiterschaft steht. Nach einer Meldung des gleichen Blattes wurden auch auf der Station Annaburg Transportzüge angehalten. Die Arbeiterschaft verlangt, daß während des russisch-polnischen Krieges keine Truppentransporte im besetzten Oberschlesien seitens der Militär unterblieben. Sie wollen diese Forderung mit allen Mitteln durchsetzen.

Auf dem Bahnhof Schneidemühl wurde ein für die alliierten Truppen im Abstimmungsgebiet bestimmter Nachschubzug vom Vortrieb der Eisenbahnen angehalten, da vermutet wurde, daß sich Munition und Lebensmittel für Polen darin befinden. Da sich die mehrtausendköpfige Menschenmenge, die sich ansammelt hatte, sehr erregt zeigte, übernahm die Sicherheitspolizei den Schutz der entlassenen und französischen Soldaten. Sonntag früh ist der Zug weitergefahren, nachdem die Unter-

suchung ergeben sollte, daß sich keine nicht bestrittenen Gegenstände darin befanden.

Roske über die Lage im Osten.

Der frühere Reichswehrminister Roske sprach in Zimburg a. d. Zahn über die politische Lage und beschäftigte sich eingehend mit den augenblicklichen Verhältnissen im Osten. Es sei natürlich, daß viele Kreise unseres Volkes infolge des militärischen Vorgehens der Bolschewisten im Hinblick auf die Konvention von Lausanne eine Erleichterung unserer Lage erwarteten, doch müsse die strengste Neutralität deutscherseits unbedingt gewahrt werden. Er teile nicht die Auffassung, daß Polen vernichtet werden müsse. Am übrigen gebe es in Rußland nichts, wofür die deutschen Arbeiter sich begeistern könnten.

Die sibirischen Gefangenen.

Die „Times“ meldet: Der Völkerbund erhielt eine Mitteilung eines Kremlins Elsa Brändström, die soeben aus Sibirien zurückgekehrt ist. Darin heißt es: Wenn nicht schnellste Mittel zur Heimführung der Gefangenen beschafft werden, so werden im folgenden Winter 200 000 Mann in Rußland und Sibirien infolge des Elends und Hungers sterben.

Griechenland.

Auf die Nachricht von dem Attentat gegen Venizelos zerstörte in Athen eine Menschenmenge die Gebäude der Oppositionsblätter sowie den Wohnsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Skuludis und verbrannte das Mobiliar. Eine Anzahl Führer der Opposition wurde unter der Beschuldigung des Einverständnisses mit den Attentätern verhaftet. Der frühere Gesandte in Petersburg, Dragumis, der zu entfliehen versuchte, wurde erschossen.

Allelei Nachrichten.

35 Millionen Menschenopfer.

Die Pariser Kommission für die Erfassung der Tatsachen des Weltkrieges hat nunmehr der ihre Arbeiten eine abschließende Statistik vorbereitet, aus der der „New York Herald Tribune“ einige Schlüsselsätze veröffentlicht. Die zehn am Weltkrieg beteiligten Länder zählten im Jahre 1913 rund 400 Millionen Einwohner, deren Zahl sich unter normalen Verhältnissen bis zum Jahre 1919 auf 424,4 Millionen vermehrt haben würde. In Wirklichkeit aber hat sie bis 1919 um 11 Millionen auf 389 Millionen abgenommen. Insgesamt beträgt also der Kriegsverlust 35,4 Millionen Köpfe, welche sich folgendermaßen verteilt: 9 829 000 Personen sind im Kriege gefallen, 5 300 000 starben infolge von Blockade und Infektionskrankheiten, 20 250 000 wurden infolge des Geburtenrückganges während des Krieges nicht geboren. Von 60 Millionen Deutschen sind 2 000 000 gefallen, 700 000 starben infolge der Blockade und Krankheiten, 3,6 Millionen kamen auf den Geburtenrückgang. Das französische Kriegsministerium machte bekannt, daß Frankreich im Kriege 1 358 872 Mann verloren habe, unter ihnen sind 361 854 als vermißt gemeldet, die man auch als verloren annehmen kann.

Die Internationale.

Savas berichtet, daß, einer Einladung der C. G. T. folgend, das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 19. ds. nach Amsterdam einberufen wurde zur Prüfung der durch den russisch-polnischen Krieg geschaffenen Lage. Der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist Appleton von der englischen Trade Union. Vizepräsident ist Jouhaux.

Die Herren der Welt.

In einer Versammlung in Wilna erklärte Trocki, daß die Sowjetregierung von den Westmächten anerkannt sei. Nach dem feierlichen Empfang Krassins und Kameneffs in London werde sich der Bolschewismus in jüngstens einem Jahre über ganz Europa verbreiten. Der große Sieg sei errungen, und die Bolschewisten seien die Herren der Welt.

Schloß Damerow.

59]

(Nachdruck verboten.)

„Anschließend ist nun die Zeitungsgeheißte gekommen. Das hat die Baronessie umgestimmt. Jedenfalls war plötzlich eine Wohnung vorhanden, als die Braut nochmals vorstellig wurde. Das junge Paar kommt nun also doch zusammen und wird schon am 1. November Hochzeit machen.“

„Sie wollen Hochzeit machen?“ Lang es von der Türe her, die leise geöffnet worden war und jetzt zugeschlagen wurde.

„Ah! Herr Kohlrausch!“ hieß es.

„Guten Abend allerseits! — Gratuliere Ihnen, lieber Raupach!“

„Danke, danke! Aber nicht etwa zur Hochzeit. Von dem Kutscher Manthey war die Rede.“

Man rückte zusammen und überließ dem Angekommenen den Ehrenplatz auf dem zerstückelten Sofa. „Ja ja! Der arme Teufel! Mit seinen sieben Talern Ersparnissen wird er nicht weit kommen! Es ist ein Jammer, so nahesten in die Ehe zu steigen. Hat Vorschlag verlangt vom Baron. Will sich einen schwarzen Rock kaufen, zur Trauung. Der Alte hat's ihm abgeschlagen.“

Kohlrausch trank das ihm gereichte Glas Orog zur Hälfte leer.

„Meine Herren,“ nahm er jetzt wieder das Wort, „unsern Baron werden wir nicht ändern. Wir wissen es ja alle: er treibt eine Politik, die nicht ganz einwandfrei ist. Aber der Kutscher, der arme Kerl, hat mich gedauert. Sein zukünftiger Schwiegervater Böblau besitzt auch gerade das Salz zum Brote. Deshalb möchte ich den Vorschlag machen, daß wir den Leuten etwas unter die Arme greifen und den Gutsheeren beschämen. Wer ist mit dabei?“

„Ja, ja, ja,“ rief es von allen Seiten. Es reizte sie, den Baron in der Noblesse zu übertrumpfen.

„Gut! Tache es mir doch! Danke Ihnen, meine Herren! — Da die Trauung am 1. November, einem Sonntag stattfindet, und wir dann sämtlich frei sind, so bin ich dafür, erstens, daß wir dem Böblau die ganze Hochzeit ausrichten — im Dorfkrug — und uns dazu alle einladen.“

Kleine Meldungen.

Berlin. Die Abgeordneten Müller, Scheidemann und Weis haben als Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angefangen die politische Lage die schleunige Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten verlangt.

Paris. Joffre hat Paris verlassen, um sich nach Rumänien zu begeben.

London. Eine russische beachtliche Meldung besagt: Der frühere ungarische Volkskommissar Bela Kun ist in Petersburg eingetroffen.

Stockholm. Das schwedische Rote Kreuz beachtlich Schloß Sonnenstein bei Bad Sulza zu kaufen und dort ein Erholungsheim für unterernährte deutsche Kinder zu errichten, die durch den Krieg den Vater verloren haben. Das Erholungsheim würde jedes Jahr etwa 1200 Kinder aufnehmen.

Russisch-polnischer Krieg.

Die Pariser Blätter aus Warschau melden, ist die Entscheidungsschlacht um Polens Hauptstadt seit Freitag in vollem Gange. Auf beiden Seiten stehen zusammen etwa 600 000 Mann im Kampfe. Längs der Eisenbahnlinie Warschau-Danzig ist die Verteidigung noch intakt, dagegen haben die Russen im Osten der Stadt Fortschritte gemacht.

Auf Anordnung der Russen wurde in Soldau ein Bürgerausschuß nach deutschem Muster gebildet, allerdings unter der Bedingung, daß kein Pole in der Stadtverwaltung sitzen dürfe. Die Bevölkerung Soldaus begrüßt die Russen als Befreier. Die Stadt ist überall mit deutschen Fahnen geschmückt. Russisches Militär zieht in größeren Mengen hindurch. Nach dem Bericht eines Berichterstatters machen die russischen Truppen einen sehr guten disziplinierten Eindruck. Sie seien fest in der Hand ihrer Offiziere und verfügten auch über Material, das eine Armee zum Vorrückung nötig habe. 800 Kilometer seien die Truppen teilweise bereits auf dem Marsche gewesen. Die 12. russische Division sei zur Befestigung des Korridors bestimmt. Thorn, Graudenz und Posen sollen von ihr besetzt und im Norden Danzig erreicht werden. Der russische Divisionskommandeur habe den deutschen Berichterstatter erlaubt, sich dem Vormarsch seiner Truppen anzuschließen. Die russischen Offiziere hatten auf Anfragen vielfach erklärt, daß sie zu keiner Partei gehören, sondern nur Offiziere seien. Ebenso wie die Soldauer Bevölkerung seien auch die Bewohner der übrigen von den Russen besetzten Ortschaften glücklich, daß der Druck der Polen von ihnen genommen sei. Die Russen gestatten ihnen die größte Freiheit.

Warschau eingeschlossen.

Der Chef der vierten bolschewistischen Armee erklärte einem an der russisch-polnischen Front befindlichen Berichterstatter der „B. Z.“, daß Warschau von vier Seiten eingeschlossen sei und die Einnahme in Kürze bevorstehe. Auf die Frage, ob man mit Polen Frieden schließen werde, erklärte der Armeeführer: Gewiß! Doch hat sich am 30. Juli in Blahostok eine polnische Sowjetregierung gebildet, und diese wird nach der Einnahme Warschaws dorthin übersiedeln. Wir werden mit ihr Frieden schließen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Später teilte ein Sowjetkommissar dem Berichterstatter mit, daß in der Vorstadt Warschau-Fraga bereits gekämpft wird.

Wie der „Corriere della Sera“ aus Warschau meldet, war das Waffengeld den Polen schon bei Beginn der Entscheidungsschlacht nicht hold. Ein polnisches Regiment vor einer wichtigen Stellung bei Radomin, 20 Kilometer nördlich von Warschau. Die Nachrichten wurden nur amtlichen Kreisen bekanntgegeben und riefen im diplomatischen Korps Aufregung hervor. Die meisten fremden Gesandten haben daher in der Freitagnacht Warschau verlassen, um sich nach Posen zu begeben. Die verlorene Stellung wurde später mit starken Verlusten für den Feind von den Polen zurückerobert.

„Bravoooo!! Wir sind dabei! Die Nacht wird durchgezogen! Heidi, das soll ein Leben werden!“ —

Die Hochzeit des Kutschers Manthey mit Marie Böblau erregte wegen der Begleitumstände innerhalb der Gutsbezirke das größte Aufsehen. Dem Baron war tags zuvor auf Umwegen von der Rundgebung seiner Beamten Kenntnis geworden. Wahrscheinlich aus diesem Grunde setzte er zum Nachmittag des Trauungstages eine Ausfahrt nach der Stadt an, so daß dann weder er, noch die Baronessie im Schloß anwesend waren und von der Hochzeit Notiz zu nehmen brauchten.

Indes hatte er Kohlrausch bei der Mittagstafel gefragt, ob er sich etwa auch an der Demonstration der Gutsbeamten beteilige. Dieser hatte ohne Bögen bekannt, daß er der eigentliche Urheber des ganzen Planes gewesen sei, um dem jungen Paare etwas auf die Beine zu helfen.

„Wir haben die nötigsten Stücke für die Wohnungseinrichtung beschafft und dem Bräutigam einen Anzug machen lassen. Außerdem werden wir die Kosten der Hochzeit übernehmen,“ hatte er mit innerer Genugtuung erwidert. Eine Weile war es hierauf recht still gewesen, bis der Baron in ungnädigem Tone sagte: „An und für sich stellt diese Hilfsbereitschaft einem Beamten ein ehrendes Zeugnis aus. Aber ich hätte eigentlich erwartet, daß man solchen Schritt nicht eher begann, bis ich als Gutsheer selbst dazu Stellung genommen hätte. Ihnen, Herr Kohlrausch, hätte es obgelegen, mich von den Absichten der Beamten zu unterrichten.“

„Ich habe nicht annehmen können, Herr Baron, daß Sie geneigt sein würden, für Ihren Kutscher ein Hochzeitsgeschenk zu stiften, nachdem Sie ihm den erbetteten Vorschlag verweigerten.“

„Vorschlag gebe ich nicht. Führe so etwas nicht ein! Niederliche Wirtschaft!“ schnarrte ferner, „ist aber ganz unabhängig von etwaiger Schenkung. Werde mir's überlegen, ob es angebracht ist, noch nachträglich — hm —. Aber was ist deine Meinung, Agnes?“

Agnes warf dem Inspektor einen vorwurfsvollen Blick zu, der diesem aber nicht sonderlich naheging.

„Wir können ja unterwegs darüber sprechen, Papa!“ gab sie zur Antwort.

Warschau gefallen!

Amsterdam, 17. Aug. Die „Times“ meldet aus Kowno: Der Stab der 4. roten Armee meldet, daß Warschau am 15. August durch die roten Truppen besetzt wurde. In Warschau sollen unter den bolschewistischen Elementen im Zusammenhang mit diesem Ereignis große Demonstrationen stattgefunden haben.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat die polnische Waffenstillstands- und Friedensdelegation am Sonntag die polnische Front passiert, um sich nach Moskau zu den Verhandlungen zu begeben. Die Delegation besteht aus den Unterstaatssekretären Domszki und Bielewski, sowie aus Vertretern des Parlaments und des Generalstabes. Berichterstatter begleiten die Delegation.

Im deutschen Soldau.

Der Sonderberichterstatter der „Bolschiken Zeitung“ in Soldau berichtet über den Einmarsch der russischen Truppen, daß dieser am 14. August abends 9 Uhr erfolgte. Nach fast 15stündigem Kampf drangen Teile der 13. russischen Division in die Stadt ein. Die russischen Truppen wurden von den Bewohnern Soldaus, die zum Teil während der Beschießung in die Keller geflüchtet waren, mit lautem Jubel begrüßt. Als bald erschienen auch viele schwarz-weiß-rote Fahnen in den Fenstern. Der russische Truppenführer wurde vom stellvertretenden deutschen Bürgermeister begrüßt. Der polnische Bürgermeister war schon vor einigen Tagen geflüchtet. Frei von jeder nationalistischen Redewendung gab der Bürgermeister seiner Freude über die Befreiung der Stadt von dem unerträglichen Terror der letzten Monate Ausdruck. Der russische Führer antwortete:

„Ich gelobe, daß wir dieses alte deutsche Land nicht eher wieder verlassen, als bis es Deutschland wieder zugesprochen wird.“

Bis tief in die Nacht hinein spielte die russische Musikpelle auf dem Marktplatz russische Volkslieder und deutsche Märsche.

Parasitismus.

Posen ist überflutet von kontref-polnischen Flüchtlingen. Die Kreisstädte sind überfüllt. Die Stadt Posen herrscht den Zug ab und lenkt ihn in die Provinz. Sie nimmt nur Behörden auf. Die Ueberfüllung zahlreicher Warschauer Behörden und ausländischer Missionen steht bevor. Lustbarkeiten, Konzerte, Kabarettvorstellungen sind strengstens verboten. Die Bürgerwehr setzt sich aus 15- bis 50-jährigen Leuten zusammen. Sie sind militärisch organisiert. Es herrscht Proklamierung. Die Ueberfüllung der Wehrmacht hat den Verlust der Staatsbürgerrechte zur Folge. Ein Tapferkeitskreuz wurde gestiftet. Die Warschauer kommunistischen Zeitungen sind verboten. General Henning Michaelis ist Vizekriegsminister.

Massenterror?

In einer von der Zeitung „Iswestija“ veröffentlichten Verfügung der Sowjetregierung befindet sich die Veranlassung eines rücksichtslosen Massenterrors gegen die Großgrundbesitzer und gegen alle Polen, die an dem Kampf gegen Rußland teilgenommen haben, sowie die Verschlagnahme aller landwirtschaftlichen Produkte und aller Waffen der polnischen Bevölkerung, sowie die Einquartierung roter Truppen in allen Dörfern und Städten Polens zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Uebernahme Polens durch das russische Proletariat soll, wie in der Bekanntmachung gesagt wird, in jeder Weise gefördert werden. Ein besonderes Komitee soll die schnelle und tödliche Kolonisation Polens vorbereiten.

Die Engländer.

In London herrscht Einnigkeit darüber, daß der Fall Warschau eine sehr ernste Wendung der polnischen russischen Situation bedeutet und daß man auf die Versprechungen der Sowjetregierung. Polens Selbstständigkeit

„Herr Baron,“ hub Kohlrausch nun an, „ich glaube, es würde einen vorzüglichen Eindruck bei den Leuten machen, wenn Sie dem kleinen Feste durch Ihren Besuch besondere Weihe geben möchten. Auf den meisten Gütern ist das ohnehin Brauch. Selbst der Graf Redern auf Sadruckstein hält es nicht für unter seiner Würde, mit der jedesmaligen Braut einen Rundgang auszuführen.“

„Hahaha! Hahaha!“ lachte der Baron wirklich ergötzt bei der Vorstellung, er solle eine gewöhnliche Gutsdiene in seine freiherrlichen Arme nehmen und im Dorfkrug herumwalzen. Auch Agnes rümpfte die Nase und verzog hochmütig die Lippen.

„Nee, Kohlrausch, das ist denn doch ein bißchen „starker Tabak“, wie die Spießbürger sagen. Mir so was lange ich auf meine alten Tage nicht mehr an. Nach Popularität hasche ich nicht. Ich frag' den Teufel danach, was die Leute von mir denken, oder welche Meinung sie der Gutsverwaltung entgegenbringen. Ich bin nicht abhängig von ihnen, sondern sie sind abhängig von mir. Ich ernähre die Leute, nicht die Leute mich. Können glücklich sein, daß ich ihnen Brot gebe, gleichweige ihnen noch besondere Ehre antun.“

Kohlrausch zwinkerte mit den Augen ermunternd zu Agnes hinüber, worauf diese endlich sagte: „Du bist doch dort für einige Minuten zeigst, Papa, könnte schließlich nichts schaden. Tausen brauchst du ja nicht.“

„So? Also du meinst, man vergibt sich dabei nichts? Du hast keine Bedenken? Hm! Will's mir überlegen. Vielleicht halten wir bei unserer Rüstzeit vorm Krug an und steigen ab.“

„Es würde vielleicht schon dieselbe Wirkung tun, wenn sich die gnädige Baronessie zu einem Tänzchen beilegte, falls Sie selbst keine Neigung dazu verspüren.“ meinte Kohlrausch, befehlend sein Ziel verfolgend.

Agnes errödete vor Unwillen. Jetzt sah sie erst wo hinaus ihr „Lebensretter“ wollte.

„Nun, werden sehen, werden sehen,“ beendete der Baron das Gespräch.

Gleich danach wurde die Tafel aufgehoben, und eine Stunde später entfuhrte die wappengeschmückte Kutsche, von dem alten Andreas gelenkt, die beiden Schloßinsassen zur Kreisstadt.

(Fortsetzung folgt.)

Schuldenstandsrecht zu achten, nicht bauen könne. Die meisten Nachrichten zu erkennen, daß überall, wo diese Vorklagen, sofort das Sowjetregiment einberufen werden sei. Lloyd George beschäftigt, wie bekannt, trotz der höflichen Ablehnung seines Ersuchen, durch die Sowjetregierung den Gedanken einer Londoner Konferenz nochmals zur Sprache zu bringen.

Schnellere Getreideablieferung!

Vorbereitung für den Abbau der Zwangswirtschaft.

Die außerordentliche Notlage in der Brotversorgung während der letzten Monate vor der neuen Ernte hat den schleunigen Eingang größerer Lieferungen von Getreide zu absoluter Notwendigkeit. Es muß aber sichergestellt werden, daß die Lieferungen hinter den Erwartungen nicht unerheblich zurückbleiben. Wenn auch die Lage in der Brotversorgung für den nächsten Winter eine Erleichterung erfährt, so nahmen die Lieferungen doch keineswegs einen derartigen Umfang an, als möglich wäre. Dispositionen für längere Zeit zu treffen, die Lieferungen sind infolge der Frühbruchsprädikate besser als die außerordentlich geringen Lieferungen des Vorjahres, aber sie erreichen bei weitem nicht die Erwartungen aus dem Jahre 1918. Dies erscheint umso bedauerlicher, als das Reichsministerium für unbedingte Sicherheit der Ernährung an eine Reserve zu schaffen, die zu Sicherheiten für die Ernährung der Bevölkerung ist, wenn infolge unvorhergesehener Zwischenfälle irgend welche Schwierigkeiten ergeben sollten. Nachdruck wird die Zwangsablieferung für Getreide aus dem Ausland, hat das Reichsministerium sich weiterhin erweitert, weitestgehende Anträge für die Aushebung der Zwangswirtschaft hinsichtlich der Kartoffeln zu stellen. Es wird die Möglichkeit, die Zwangsablieferung des Getreides vor Beginn der großen Kartoffelernte im Herbst ist jetzt Gebot der Stunde. Die Landwirtschaft hat es somit in der Hand, an einem planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft mitzuarbeiten. Es erwartet werden, daß die Landwirtschaft das ihr obliegende Ziel der Sicherung der Volksernährung erkennt und alle Kräfte an die Lösung ihrer Aufgaben wendet.

Wettervorhersage für den 18. August.

Zunehmende Bewölkung, meist trocken, ziemlich warm, Süd- und Westwinde.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 17. August 1920.

Stoppeln. Der Wind weht über die Stoppeln. Was Mahnen klingt in die Fülle der Sommerzeit und raunt uns zu, daß auch dieses Jahres schönere Ernte wieder verstrichen ist. Wo im Juliwinde die Lehrenmeere mit leisem Rauschen den letzten Abgang des Wassers zeigten und die unser neues Brot tragenden Lehren sich neigten unter der Bürde der körnigen Frucht, da liegt jetzt auf den Reihern der strobigen Halme die Schwermut des Herbstes. Von der Vergänglichkeit alles Lebendigen predigen diese Stoppeln in ihrer stummen und eindringlichen Sprache. Unter dem schneidenden der Sense und dem scharfen Schmelze der Maschine das Getreide zur Erde. Noch stehen ungezählte Stoppeln und warten sehnsüchtig der Einfahrt, und lagern weit mehr als sie geborgen unter schützender der Scheune und in der Dieme nobilgen Bau. Die Mutter Erde war auch in diesem Sommer für uns alle gedeckt und dem Worte der Schrift: „Augen warten auf ihn, daß er ihnen Speise gebe“, auf neue die Erfüllung; denn Gott gab mit seiner Hand, die er ausstreckt für alle seine Geschöpfe, daß werden. Stoppeln sind geblieben auf dem Acker der Gotteserde, der mit dem unermesslichen der goldenen Saaten gedeckt war. Wir sind versorgt und geborgen und können, wenn auch noch unter den gebotenen wirtschaftlichen Bedingungen, getrost dem kommenden Winter entgegengehen. Und das sei uns allen im lieben Vaterlande die Deutung der Stoppeln da draußen auf den Getreidefeldern unserer Heimat, daß die Erde um das tägliche Brot nun wieder mit der Ernte des Erntesegens gehoben sind. Aber tausend Hände mußten sich tagen und tagaus auf den in lauem Schweiß und nimmermüder Arbeit, die die Lehrenfelder sich in die leeren Stoppelfelder. Denn wo die Stoppeln stehen auf den Acker, da wo einst der Lenz den grünen Teppich der Saat und diese Saat schloß dann Lehren unter der goldenen Sonne, und die Hand des Himmels füllte uns mit der Speise der Menschen, und die Stoppeln zeigen uns, daß auch jetzt wieder aus der Zeit des Erntesegens die Zeit der Erfüllung geworden. Stoppeln sind die kümmerlichen Reste geschwundener Pracht und der Vergänglichkeit. Wo die Stoppeln stehen, da ist es tot, da ist kein Erntesegen mehr. Ein neues Schaffen und neue Saat legen den Grund zu neuem Hoffen. Und diese Arbeit wird bald wieder überall auf den Stoppelfeldern, wo der Winter naht, spannt sich die neue grüne Decke der Saat, die erste zarte Hoffnung der kommenden Zeiten. — Gleicht nicht unser Vaterland dem Stoppelfeld da draußen? Überall wohin das Auge reicht, stehen nur dürre Stoppeln als leere Reste des Schaffensfreudigkeit und deutschen Aufbaues.

Aber die Ernte ist nicht eingebracht; in der Fülle des Sommers, den die segnete Friedenszeit uns und der Welt in den glücklichen Jahren vor diesem furchtbaren Kriege bescheerte, brauste das Unwetter daher und vernichtete die hoffnungsreiche Ernte bis auf die Stoppeln. Arm stehen wir am Grabe aller unserer Pläne und Hoffnungen. Doch schon zieht der Flügel neue Furchen in das deutsche Ackerfeld. Die Stoppeln schwinden, das Land wird wieder hergerichtet zu neuer Bestellung und die Saat ausgestreut zu neuem Keimen und Wachsen und Werden. Und über das weite Stoppelfeld Deutschlands wird sich gar bald das hoffnungsreiche Grün breiten, aus dem dann wieder Halme schießen und fruchtverheißende Lehren. Ausdauernden Fleiß wird es kosten, und jeder im Lande muß Hand anlegen an das Werk dieser deutschen Bestellung, und Gottes Segen muß über unserem Vaterlande wieder walten, wenn alles gelingen soll. Aber dann wird auch die Zeit der neuen Ernte wiederkommen und die Fülle eines deutschen Sommers.

Gemeindevertretung. Zu der gestrigen Sitzung waren erschienen von der Gemeindevertretung die Herren: L. Ehrengart, W. Leph, D. Kahn, A. Wehner, Jos. Sattler, Ed. Koffel, A. Schumann, Gg. Schön, H. Bergmann, Fr. Koffel, Wilh. Sattler, Fr. Korb, Gg. Gruber, Chr. Schmidt, Jos. Moser; vom Gemeindevorstand die Herren: Gg. Schäfer, W. Klee.

Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Kessels, als Protokollführer fungierte Herr Sekretär Schumann. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt:

1. Gesuch des Ziegenzuchtvereins um Erhöhung des Zuschusses zur Bodstation.
Der Ziegenzuchtverein hält bis jetzt 3 Zuchtböde, ein vierter soll angeschafft werden. Der Verein erhält pro Zuchtbod und Jahr bisher 200 Mk., er bittet um Erhöhung dieser Summe auf 250 Mk. für jeden Bod. Der Gemeindevorstand ist für Erhöhung. Es wird in der Debatte darauf hingewiesen, daß die Ziegenbesitzer sich gar nicht nobel zeigten bei der Aufforderung, Milch abzugeben für Kranke und Kinder. Ein einziger Ziegenbesitzer erklärte sich bisher hierzu bereit. Nach entsprechender Auffklärung wird beschlossen, den Zuschuß vom 1. Juli ab um 50 Mk. je Bod zu erhöhen.
2. Gesuch der Hebamme a. D. Lohn um Erhöhung der Pension.
Frau Lohn erhält nur 150 Mk. Unterstützung pro Jahr, sie wird einstimmig erhöht auf 300 Mk., rückwirkend vom 1. Juli ab.
3. Beschlußfassung über Ankauf des Ackergrundstückes.
Der Gemeindevorstand schlägt vor, das Grundstück zu kaufen um einige Wohnungen herrichten zu können. Der Kreisbaumeister soll eventl. entsprechende Vorschläge machen. Das Gebot auf das Grundstück selbst betrug 19900 Mk. Allseitig wurde anerkannt, daß der Preis nicht zu hoch sei. Nach kurzer Debatte wird einstimmig dem Ankauf zugestimmt. Die Baukommission wird in Verbindung mit dem Gemeindevorstand alles weitere veranlassen.
4. Beschlußfassung über Kanalisierung der Ludwigstraße.
Verschiedene Beschwerden liegen wieder vor wegen der Zustände in der Ludwigstraße, hervorgerufen durch die Abwässer, die oberirdisch abfließen. Die veranschlagten Kosten betragen für Sickerrohr 5000 Mk., für ordentliche Kanalisation etwa 12000 Mk. Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die Kanalisation zu gelegener Zeit ausführen zu lassen.
5. Genehmigung der Obstversteigerung.
Die Versteigerung brachte einen Erlös von 1678 50 Mk. Sie wird einstimmig genehmigt.
6. Zusammenfassung von Ortschaften zur Erstattung der Schäden, die durch innere Unruhen entstanden sind.
Von der Regierung wird vorgeschlagen, Schierstein mit Viebrich in der Entschädigungsfrage gleich zu stellen. Da die ganze Sachlage noch nicht genügend geklärt ist, wird beschlossen, die Angelegenheit dem Gemeindevorstand zur weiteren Klärung zurückzugeben.
7. Unterbringung von Kindern in Bad-Orb.
Anstelle von 60 Kindern, die von Viebrich nach Bad Orb kommen sollten, können von hier aus noch mehrere Kinder dort untergebracht werden. Es wird ein Vertrag von je 50 Mk. für 10 Kinder bereitgestellt, also 500 Mk. Nachdem das Protokoll verlesen war, erfolgte Schließung der Sitzung.

Ertrunken. Leider hat der letzte Sonntag wieder ein Opfer gefordert. Beim Baden im Strandbad ertrank ein Offizier der franz. Besatzungstruppe. Infolge eines Schlaganfalles versank er plötzlich im Wasser und kam nicht wieder empor. Seine Leiche wurde einige Stunden später geborgen.

Vom Rhein, den 13. Aug. Die Räuberfahrten der Flusspiraten haben jetzt wieder auf neue eingesetzt. Nachdem die Beraubung der Schiffe und Kohlendiebstähle im großen durch ihre scharfe Bewachung eine sehr gefährliche Sache geworden ist, fahren jetzt fast jede Nacht größere und kleinere Banden stromauf und stromab, wo sie dann an geeigneten Stellen anlegen, landeinwärts ziehen und stellenweise die Kartoffelfelder ständig ausplündern. In vielen Landgemeinden mußte man deshalb dazu übergehen, durch zahlreiche Ehrenfestschützen die Felder die ganze Nacht zu bewachen.

Verbreitung des Schweinepests. Während man bisher angenommen hat, daß der Erreger des Schweinepests nur dieser Tiergattung eigen sei und bei anderen nur infolge einer Infektion vorkomme, ist neuerdings, wie die Zeitschrift „Der deutsche Jäger“ berichtet, nachgewiesen worden, daß der Pestbazillus spontan, also ohne von einer anderen Tierart übertragen worden zu sein, insbesondere bei Vögeln auftritt. An

numerer Zeit wies ein Budapest-Dozent typische Pestbazillen beim Wasserhahn mit der Folge eines Darmkatarrhes, bei der Wachtel, bei der Taube und bei dem Papagei eines Tiergartens nach. Das Geflügel kam daher, was bisher noch nicht bekannt war, auch bei der Verbreitung des Schweinepests eine Rolle spielen, weshalb in der Verabreichung von Fleischabfällen totlaufener Schweine an Geflügel Vorsicht zu beobachten ist.

Die Kartoffelernte. Die Aussichten der diesjährigen Spätkartoffelernte haben sich in den letzten Wochen derart gebessert, daß unsere Landwirte schon jetzt mit einer guten Mittelernte rechnen. Überall zeigt sich die gute Wirkung der von Mitte Juli ab einsetzenden reichlichen Niederschläge. Vorgenommene Proben bestätigten diese Wahrnehmungen. Alles in allem genommen ist zu hoffen, daß die gegenwärtig sehr empfindliche Kartoffelernte bald überwinden sein wird.

Der Steuerabzug. Die das Reichsfinanzministerium auf Anfrage mitteilt, steht man an den dortigen Stellen auf dem Standpunkt, daß der Arbeitgeber sich strafbar macht, wenn er darin einwilligt, daß vom Arbeitnehmer der Lohnabzug auf ihn abgewälzt wird. Welche Maßnahmen das Reichsfinanzministerium gegenüber den Arbeitern bedrängenden höheren Gewalt treffen will, wird zurzeit erwogen.

Geisenheim, den 15. Aug. Die städtischen Körperschaften wählten gestern in gemeinsamer Sitzung Herrn Kreisobersekretär Stahl von Kiedesheim zum Bürgermeister unserer Stadt.

Kleine Chronik.

Nachgang der Sterblichkeit. Die Sterblichkeitstendenzen der deutschen Großstädte haben sich nach den jetzt veröffentlichten statistischen Unterlagen in der letzten Juliwoche erheblich gegen die früheren Zahlen gebessert. So fiel die Sterblichkeit auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet in Berlin von 17,2 auf 10,5, in Frankfurt a. M. von 11,4 auf 10,8, in Hamburg von 9,2 auf 9,0, in Hannover von 10,6 auf 9,7, in Leipzig von 13,6 auf 12,5.

Graf Ludwigs Abenteuer. Graf von Ludner, der ehemalige Kommandant des „Seeadlers“, der gegenwärtig in Kiel weilt, wurde in der Nacht auf Montag, als er vom Yachtclub in Dierkebrock zurückkehrte, von zwei Begleitern überfallen. Der Graf, der über ungewöhnliche Körperkräfte verfügt, spielte zuerst, wie die „Kiel-Neuesten Nachrichten“ melden, den Känguruh, so daß die Räuber die Waffen sinken ließen; dann packte er den einen bei der Hand und brüllte sie derart zusammen, daß die Finger aus dem Gelenk sprangen. Darauf schloß er den anderen mit einem Griff an der Gurgel und verprügelte ihn mit seinem eigenen Stöckel so, daß er zusammenbrach.

Die Ruhr. In der Gemeinde Malß bei Karlsruhe sind innerhalb weniger Tage 1200 Personen an der Ruhr erkrankt. Die Zahl der Todesfälle ist erheblich.

Explosionen. Nach einem Telegramm aus Kristiania ereignete sich in Drammen in einem Eisenwarengeschäft eine furchtbare Explosion. Die Mauern stürzten zusammen und das Gebäude geriet in Brand. Auch das benachbarte Grandhotel ist schwer beschädigt worden. Man vermutet, daß acht Personen getötet wurden. Fünfzehn Verwundete wurden ins Krankenhaus verbracht. — Auf dem Eisen- und Stahlwerk Bösch in Dortmund explodierte ein Ofen dadurch, daß beim Rülken eine nicht entladene Granate in den Ofen geriet. Fünf Personen sollen verletzt und eine davon inzwischen gestorben sein.

Niedergebrannte Stadt. Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß die Stadt Otschoff niedergebrannt ist. Die japanischen Bewohner der Stadt sind ermordet worden.

Die Kette von Lda. In Lda haben sich nach dem Rückzug der italienischen Besatzung einige Leute zu einer Art Kette zusammengelagert. Sie haben schwarze Kleider angezogen, durch die sie die Namen von Frauen und Mädchen verbreiten, die mit den Besatzungstruppen verkehrt haben. Mehrere Mädchen, die auf der Liste stehen, sind sogar geschlagen worden. Der erste Bürgermeister warnt durch öffentliche Bekanntmachung, wenn dieses Vorgehen nicht unterbleibe, könnten der Stadt noch in der letzten Besatzungszeit empfindliche Nachteile erwachsen.

Einbrecher mit der Maske. Im Garten der Villa des Fürsten Bülow in Kleinstadt bei Hamburg wurde ein Mann festgenommen, der bewaffnet war und eine schwarze Maske bei sich hatte. Außerdem wurden einige Zeit darauf noch zwei andere Männer verhaftet, die ebenfalls mit schwarzen Masken versehen waren. Ob die drei einen Einbruch geplant haben, bedarf der Klärung.

Schloß-Besuch. Nach einer amtlichen Meldung der „Landeszeitung“ haben Einbrecher dem historischen Schloß Hohenzieritz bei Neustrelitz, in dem die Königin Luise geflohen ist, einen Besuch abgestattet. Das Schloß ist seit dem Tode der Königin nicht bewohnt. Die Einbrecher haben 12 Tassen, sogenanntes altes Berliner Porzellan, sowie ein Schreibezeug von sehr hohem Kunstwert genommen.

Millionenfälschungen. Millionenfälschungen von Ein- und Ausfuhrbewilligungen wurden durch die Ankäufe großer Holzmassen zur Ausfuhr an den Grenzstationen entdeckt, da für ganz Deutschland nur 40 000 Festmeter Rundholz zur Ausfuhr freigegeben sind. Augenscheinlich sind daran beteiligt der Angestellte des Reichskommissars Emil Reuther in Karlsruhe, die hiesigen Angestellten Herr und Eitel aus Karlsruhe, zwei Angestellte der Ausfuhrbehörde namens Brock und Häsel und der hiesige Kaufmann Fritz Fries aus Durlach. Fries ist noch im Besitz einer Ausfuhrbewilligung mit den Kennzeichen „A. A. Barth 49 413“ über 49 000 Festmeter Holz für eine Holzbelegschaft in Karlsruhe. Fries hat es nicht gegeben. Der Wert der auszuführenden Waren betrug etwa 20 Millionen Mark. 6000 Festmeter Holz wurden als Holz in Emmerich beschlagnahmt, später aber befreit und teilweise wieder freigegeben. Auch in dieser Richtung schweben Ermittlungen. Offenbar ist noch eine große Zahl derartig gefälschter Ausfuhrbewilligungen vorhanden.

Der Triumphzug. Eine seltene Ehre wurde in einem unterfränkischen Dorfe, wo seit 1. August die Schweinefleischung völlig frei (?!), gegeben ist, einem Schwein zuteil, das als erstes beschlagnahmte freies Tier einem Metzger zugeführt wurde. Die Buz wurde am Dorfeingang festlich mit einem um den Hals gelegten Kranz und einer bunten Schleife am Ringelschwänzchen geschmückt und von der gesamten Dorfgemeinde in festlichem Zuge unter Hieb und Klang durch die Ortsstraßen zum Metzger geführt. In einem Liebe feierte ein Dorfpöbel die hohen Vorzüge der „Säue“ in schwingvollen Versen. Hoffentlich wird uns ein solches Schweinefest, wie es hier im glücklichen Bayernlande geschah, auch bald zuteil.

Vermischtes.

Schutz gegen Sonnenstrahlen. Die Bräunung der Haut bei längerer starker Bestrahlung durch die Sonne dient hauptsächlich dazu, Schutzstoffe zu entwickeln, die eine Verbrennung der Haut verhindern sollen. So hat man auch die Wahrnehmung gemacht, daß von den Europäern, die in tropische Länder kommen, diejenigen weniger unter den Einwirkungen der stehenden Tropensonne zu leiden haben, die über eine verhältnismäßig dunkle Hautfarbe verfügen. Während also zu einer gesunden Akklimatisation des Weissen in den tropischen Gegenden unbedingt eine Bräunung der Haut erforderlich ist, kann man die Feststellung machen, daß eine etwa schon vorhandene dunklere Hautfärbung wesentlich dazu beiträgt, diese Akklimatisation zu erleichtern. Die Tatsache, daß je dunkler die Haut, desto stärker die Absorbierung der Sonnenstrahlen ist, läßt sich auch daran leicht nachweisen, daß von den Eingeborenen der tropischen Länder die in den heißesten Gegenden, also in erster Linie die zunächst dem Äquator wohnenden die schwärzeste Hautfarbe haben, die in den subtropischen Gebieten bereits heller wird und in noch weiterer Entfernung vom Äquator geradezu in Gelb übergeht.

Nonnenkrieg. Aus dem Vogtlande schreibt uns ein Mitarbeiter: Ein eigenartiger Feldzug hat seit einiger Zeit in den Forsten des oberen Vogtlandes eingesetzt: der Kampf gegen die „Nonne“, einen hübschen gezeichneten Nachschmetterling, der mit seiner Sippe die Wälder heimgesucht hat und dessen Dasein für die Fichten- und Buchenbestände eine schwere Gefahr ist. Zu Tausenden und Abertausenden sieht man die Nonne, diesen Schrecken aller Forstverwaltungen, die Wälder durchflattern und dem Regegeschütz obliegen. Die Schmetterlinge legen ihre Eier massenhaft in die Ritzen der Baumrinde ab. Dort überwintern sie, sofern nicht durch Menschenhand oder durch das gefieberte Netz der Reiser und Spechte, die in dieser Beziehung unschätzbare Dienste leisten, unter ihnen aufgeräumt wird. Im vorigen Jahre scheinen große Mengen der Eier von der Vernichtung verschont geblieben zu sein, denn schon in diesem Frühjahr litten die Wälder mehr als sonst unter dem gefürchteten Fraß der Nonnenraupen, die sich inzwischen verpuppt und neue Schmetterlingswärme hervorgebracht haben. Ihnen gilt gegenwärtig der erbitterte Kampf, an dem sich die Bevölkerung eifrig beteiligt, die unter den gäugelnden Gallen und ihrer Brut ein verächtliches Blutbad anrichtet, und die mit jedem Sommer größer werdende Gefahr der Zerstörung ganzer Forstbestände mit allen Kräften hintanzuhalten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ordnung

betr. die Erhebung von Gebühren für Benutzung der Lastwaage der Gemeinde Schierstein.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 9. Juli 1920 wird für die Gemeinde Schierstein auf Grund des §§ 4 und 7 der Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 nachstehende Gebühren-Ordnung erlassen.

§ 1

Die Benutzung der Gemeinde-Lastwaage steht Jedermann gegen Entrichtung der festgesetzten Wiegegebühren und Befolgung der Anordnung des Wiegemeisters frei.

§ 2

Wer seine Waren auf der öffentlichen Waage gewogen haben will, hat dieselben auf Anweisung des Wiegemeisters auf die Waage zu bringen und wieder davon zu schaffen, oder dieses auf seine Kosten besorgen zu lassen.

§ 3

Für das Wiegen ist eine Gebühr zu entrichten für 100 Kgr. 10 Pfg. Mindestbetrag ist jedoch 50 Pfg. Jede angefangene 100 Kgr. über 500 Kgr. werden für voll gerechnet.

Für Ausfertigung des Wiegescheines wird eine Vergütung von 5 Pfennig erhoben.

§ 4

Die Vergütungen sind sofort an den Wiegemeister zu zahlen.

§ 5

Diese Gebührenordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Von dem gleichen Zeitpunkt ab ist die Gebührenordnung vom 3. Oktober 1895 aufgehoben.

Schierstein, den 12. Juli 1920

Der Gemeindevorstand:

(L. S.) Kessels, Thiele, Hesse.

Vorstehende Ordnung wird von uns nach Sitzungsbeschluss vom 26. Juli ds. Js. genehmigt.

Wiesbaden, den 6. August 1920.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden.

L. S. B. Scheffler, Kreisdeputierter.

Wird veröffentlicht

Schierstein, den 17. August 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Holländische
Sez. **Bollmilch**
cond. wieder eingetroffen
per Dose Mk. 8.75
Otto Fudert.

Neu eingetroffen: Osramlampen

in allen Kerzenstärken von
16 Kerzen an aufwärts

Installationsgeschäft
für Elektr. Anlagen
Heinrich Wloos.
Telefon 140.

Eingetroffen:
la nordam. Schmalz
Pfund M. 17.25
la holl. Süßrahm-Marg.
Pfund M. 12.—
Warenhaus P. Knab.

Gebühren-Ordnung

für die Dedung von Nutztieren durch das Mann-
vieh der Gemeinde Schierstein.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 9. Juli 1920 wird in Gemäßheit der §§ 4 und 7 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 das Nachstehende festgesetzt:

§ 1.

Es werden erhoben:

A. Sprunggeld vom Rindvieh.

Für jeden von einem Gemeindebullen ausgeführten Sprung eines Nutztieres 20 Mark.

Wird ein von einem Gemeindebullen erfolglos gesprungenes Nutztier innerhalb fünf Monaten nach dem erfolglosen Sprung wiederholt gesprungen, so ist für diese wiederholten Sprünge eine Gebühr nicht zu zahlen. Für weitere Sprünge nach dieser Zeit findet Gebührenfreiheit nicht statt.

B. Rollgeld von Schweinen.

Für jedes von einem Gemeindebock ausgeführte Rolle eines Nutztieres eines Ortsangehörigen 20 M. und eines Nichtortsangehörigen 30 M.

§ 2.

Das Sprung- und Rollgeld für die im Laufe eines Monats stattgehabten Dedungen ist von den Besitzern der gedekten Tiere innerhalb 14 Tagen des nächstfolgenden Monats an die Gemeindekasse zu zahlen. Die Letztere wird in der Regel den Zahlungspflichtigen eine besondere Zahlungsaufforderung zugehen lassen, jedoch ist hiervon weder die Zahlungspflicht noch die Zahlungsfrist abhängig.

§ 3.

Diese Gebührenordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Von dem gleichen Zeitpunkt ab ist die Gebührenordnung vom 16. September 1896 aufgehoben.

Schierstein, den 12. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand:

L. S. Kessels, Thiele, Hesse.

Vorstehende Ordnung wird von uns nach Sitzungsbeschluss vom 26. Juli ds. Js. genehmigt.

Wiesbaden, den 5. August 1920.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden.

L. S. A. B. Scheffler.

Kreisdeputierter.

Genehmigung

2 B 87/2 v. 1920.

Wird veröffentlicht.

Schierstein, den 17. August 1920.

Der com. Bürgermeister Kessels.

Preis=Abschlag! Deutsche Kernseife

Doppelfläche á 300 Gr.

Mk. 7.—

empfiehlt

Otto Fudert.

D. Brandis

Kürschnerei
und Pelzwaren

Wiesbaden, Langgasse 39 I

Fernsprecher Nr. 2024.

Annahme von

Neuanfertigungen.

Umarbeitung u. Reparaturen.

D. Brandis

Pelleterie et fourrues.

Rue Longue 39, I.

— Wiesbaden —

Téléphone No. 2024.

On travail à neuf,

changements

et réparations.

Wegen vollständiger Auflösung

meines Herren-Wäsche-Geschäftes verkaufe sämtliche Waren

zu enorm billigen Preisen.

Da ich stets nur erprobt gute Qualitäten führe, so bietet sich hierdurch eine besonders:

günstige Kaufgelegenheit:

Spezialität:

Oberhemden, Sporthemden von Mk. 49.— an
Kravatten, Selbstbinder „ „ 12.50 „
Kragen „ „ 1.50 „

Gleichzeitig verkaufe meine elegante Laden-Einrichtung sehr preiswert

Klara Peretz

32 Langgasse

WIESBADEN

Langgasse 32

(im Hotel Europäischer Hof.)

Zu besseren Preisen,
Mittags- und Abendtisch
werden noch Abonnenten
angenommen.
Daher ist auch ein schön
möbliertes Zimmer zu ver-
mieten. Zu erf. i. d. Geschäftsst.

Schöne Kochäpfel
zu haben
1 Pfund 60 S.
Mittelstraße 18.

Dreschmaschine
steht zum Dreschen auf.
Bicolai & Koffel
Ringofenziegelei
Biebrich-Wiesbaden
Telefon 3067 Am Wiesbaden.

Lack- und Oelfarben

In allen Tönen, streichfertig, Leinöl, roh und gekocht, Ei-
zuckbinder, Terpentin, sowie alles, was zur Anstreichung
dient, kaufen Sie nur gut und preiswert in der Farben- und
Friedrich Brahm, Mainz, am
zum weißen Rößchen, nächst dem Gouvernement.

Der beliebte

Borneo-Virginia-Rauchtabak

ist in vorzüglicher Qualität, reine Blattware,
zu Mk. 5.75 zu je 100 g (im Pfd. Mk. 5.40
zu 100 g) wieder laufend zu haben

Meyers Zigarrenhaus

Wiesbaden nur Bismarckring 32 nur Wiesbaden
Fernruf 5157.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gest. von 30,00

Enorme Auswahl stets am Lager

BOK Wiesbaden gegen

Kirchgasse 70. Mauritz

Atelier für mod. Photographie

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppen-
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr